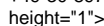




25 Jahre Deutsche Einheit: Politische Orientierungen in Ost- und Westdeutschland immer noch unterschiedlich

25 Jahre Deutsche Einheit: Politische Orientierungen in Ost- und Westdeutschland immer noch unterschiedlich
Diskrepanz vor allem bei der Parteibindung und der Wahlbeteiligung - Annäherung bei der Einstellung zum Sozialstaat - Linke bleibt im Westen Randerscheinung
25 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche nach wie vor deutlich im Hinblick auf ihre politischen Präferenzen. Das geht aus einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hervor. Sie umfasst die Jahre 1990 bis 2014 und beruht insbesondere auf den aktuellsten vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), offiziellen Daten der Bundes- und Landeswahlleiter sowie auf Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS). "Auch wenn mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundespräsidenten Joachim Gauck gleich zwei Ostdeutsche die politischen Spitzenämter Deutschlands innehaben, ist die politische Einheit keineswegs in den Einstellungen der Bürger zur Politik und zur Beteiligung am politischen Prozess vollzogen", bilanziert Martin Kroh, stellvertretender Leiter des SOEP am DIW Berlin, Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität und mitverantwortlich für die Untersuchung.
Weniger Parteibindung im Osten Deutschlands
Bei der Frage nach dem politischen Interesse lässt sich kein eindeutiger Trend ausmachen: In den meisten Jahren fällt es in beiden Landesteilen ähnlich hoch aus. Statistisch signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach der Bedeutung von politischem und gesellschaftlichem Engagement. Während dieses erwartungsgemäß zur Wendezeit für viele Menschen im Osten Deutschlands eine große Rolle spielte, wird persönliches Engagement danach im Westen wichtiger gewertet.
Die deutlichsten Ost-West-Unterschiede finden sich hinsichtlich der Frage, ob sich eine Person seit langem einer bestimmten Partei verbunden fühlt. "Obwohl die Bevölkerung in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung durchaus mit dem Parteiensystem des Westens vertraut war, ist die Bindung an einzelne Parteien im Osten bis heute deutlich schwächer ausgeprägt", so Kroh. Die Analysen zeigen, dass die Parteienbindung im Westen Deutschlands deutlich höher ist als im Osten, auch wenn der Abstand nach und nach abgenommen hat. Dies ändert sich insbesondere mit der jüngeren Generation, also jenen, die zur Wendezeit Kinder oder Jugendliche waren.
Höhere Wahlbeteiligung im Westen Deutschlands
Die Wahlbeteiligung weist für beinahe alle Wahl Ebenen deutliche Unterschiede auf: Sie ist bei Bundes-, Landtags und Kommunalwahlen in den neuen Bundesländern fast durchweg niedriger als in den alten. Bei den Bundestagswahlen etwa lag sie im Osten (ohne Berlin) durchgängig zwischen drei und acht Prozentpunkten unter der im Westen. Gesellschaftlich besorgniserregend ist die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen. Im Jahr 2014 gaben in Sachsen und Brandenburg deutlich unter 50 Prozent Wahlberechtigte ihre Stimme ab.
Diese Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind umso bedeutsamer, je mehr sich die politischen Präferenzen von Menschen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. "Insbesondere die Stärke der Linkspartei veranschaulicht die Unterschiede in den politischen Vorstellungen", so Ronny Freier, Juniorprofessor an der FU Berlin und Experte für Politische Ökonomie am DIW Berlin und Mitautor der Studie. Während sich die Linke im Westen nie als Volkspartei etablieren konnte, ist sie dies im Osten längst: Davon zeugt etwa der konstant hohe Zuspruch bei der Sonntagsfrage von um die 20 Prozent.
Menschen in Ost und West wollen bessere Sozialleistungen
Unter den ostdeutschen Befragten ist der Anteil derjenigen, die Ungerechtigkeiten angeben und für mehr staatliche Sozialleistungen plädieren, größer als unter den Westdeutschen. 1991 gaben etwa 85 Prozent der Menschen im Osten an, die sozialen Unterschiede seien ungerecht, während dies im Westen Deutschlands nur 55 Prozent der Befragten zu Protokoll gaben. Ein ähnliches Bild ergab sich bezüglich der Frage, ob wirtschaftliche Gewinne ungerecht verteilt seien. Diese Diskrepanz ist nach wie vor bedeutsam, allerdings hat sich der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland seit Beginn des letzten Jahrzehnts verringert. "Es ist bemerkenswert, dass sich nach 2002 in den Einstellungen zum Sozialstaat - trotz weiterhin bestehender Unterschiede - langsam eine Annäherung zwischen Ost und West vollzieht", bilanzieren die Autoren.
Stichwort SOEP
Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland. Das SOEP im DIW Berlin wird als Teil der Forschungsinfrastruktur in Deutschland unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft von Bund und Ländern gefördert. Für das SOEP werden seit 1984 jedes Jahr vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung mehrere tausend Menschen befragt. Zurzeit sind es etwa 30.000 Befragte in etwa 15.000 Haushalten. Die Daten des SOEP geben unter anderem Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Weil jedes Jahr dieselben Personen befragt werden, können nicht nur langfristige gesellschaftliche Trends, sondern auch die gruppenspezifische Entwicklung von Lebensläufen besonders gut analysiert werden.
Pressestelle DIW
Sylvie Ahrens-Urbaneck
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Telefon +49-30-897 89-252, -249 oder -250
Mobil +49-174-319-3131 oder +49-162-105-2159
presse@diw.de
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Monika Wimmer
Telefon +49-30-89789-251
Mail: mwimmer@diw.de


Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.